

EVP-Fraktionsgeschichten



Weil wir an die Menschen glauben,
setzen wir uns für das ein, was für sie wirklich zählt



EINE REFORMAGENDA

für die Zukunft Europas

Die Europäische Union ist mit beispiellosen Herausforderungen konfrontiert: Ein starker Migrationsdruck, sicherheitspolitische Herausforderungen, hohe Arbeitslosigkeit, ein harter, globaler Wettbewerb gehen mit einem Vertrauensverlust einher, was die Fähigkeit der Politiker betrifft, Lösungen herbeizuführen.

Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und die Vertreter der EVP-Familie in der Kommission und den Mitgliedstaaten waren maßgeblich an den Reformen beteiligt, mit denen die Europäische Union die unmittelbare Finanzkrise überwinden konnte. Nun ist es an der Zeit, die EU mit einer erfolgreichen Reformagenda für die Zukunft Europas auszustatten, damit sie die anstehenden Herausforderungen bewältigen und die Wettbewerbsfähigkeit Europas mit Blick auf die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung stärken kann. Bei der gemeinsamen Bewältigung der Asylkrise und der Gewährleistung der Sicherheit wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen.

Wir glauben an die Menschen und daran, Ergebnisse in Bereichen zu erzielen, die Ihnen wichtig sind.



Besuch des Flüchtlingslagers in Bicske, Ungarn, durch den
EVP-Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber

DIE FLÜCHTLINGSKRISE ist ein europäisches Problem, das einer europäischen Lösung bedarf

Die Flüchtlingskrise ist ein europäisches Problem, das nur mit europäischen Lösungen begegnet werden kann. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP-Fraktion) im Europäischen Parlament hat an vorderster Front **eine realistische, verantwortungsvolle und gemeinsame europäische Antwort auf die derzeitige Flüchtlingskrise gefordert.**

Nicht jeder Migrant, der nach Europa kommt, kann auch in Europa bleiben.

Wir glauben, es ist unsere Pflicht, den syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen, die um ihr Leben fürchten müssen, eine sichere Anlaufstelle zu bieten. Aber um sie aufzunehmen zu können, müssen wir eine klare Grenze zwischen ihnen und den Wirtschaftsmigranten ziehen; wir können sie nicht alle aufnehmen. Daher sollten Migranten, denen kein Asyl gewährt wird, systematisch in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden. Aus diesem Grund müssen wir eine europäische Liste sicherer Herkunftsländer einführen.

Hauptsächlich auf unser Drängen hin hat die EVP-geführte Europäische Kommission schon lange vor der jüngsten Flüchtlingswelle über die Westbalkanroute ein ehrgeiziges Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht. Wir sind der Auffassung, dass es unter den Mitgliedstaaten mehr Solidarität sowie

eine gerechte Lastenteilung hinsichtlich der Bewältigung des Flüchtlingszustroms geben sollte.

Zusammen fordern wir ein ausgewogenes Konzept, dass die Flüchtlingskrise an ihrem Ursprung bekämpft. Die humanitäre Hilfe muss weiter intensiviert werden, um die Krisenregionen zu stabilisieren. Wir müssen auch die Bekämpfung der kriminellen Netze von Menschenhändlern ausweiten.

Die EU besitzt hierfür nun ein stabiles Mandat.

Letztlich muss Frontex zu einer echten europäischen Grenzschutztruppe mit eigenem Personal und eigener Ausrüstung werden, die vor Ort eingreifen kann. So können wir den Schengenraum, die Freizügigkeit in Europa und gleichzeitig unsere Außengrenzen wirksam schützen.

Um es kurz zu sagen, sind wir in der EVP-Fraktion der Auffassung, dass folgende Prioritäten bestehen: erstens eine Begrenzung der Anzahl an Migranten, die nach Europa kommen, zweitens die Organisation einer Lastenteilung und einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge zwischen den Mitgliedstaaten und drittens die Sicherung der EU-Außengrenzen.

Es liegt nun an den Mitgliedstaaten. Sie müssen das umsetzen, zu was sie sich verpflichtet haben.

Zusammen können wir Ergebnisse erzielen.

#migrationEU #TimeForAction #bringingresults



Diskussion der Industriepolitik und Emissionsgrenzwerte mit Françoise Grossetête MdEP in der Raupenfahrzeuganlage bei Lyon, Frankreich

In Europa INVESTIEREN

Einige Monate nach seiner Einführung ist der **Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI)**, auch bekannt als der Juncker-Plan, auf den Weg gebracht. Dieser finanziert Projekte der Realwirtschaft.

Seit Beginn durch die EVP-Fraktion unterstützt und durch den Vizepräsidenten der Kommission Jyrki Katainen gefördert wurden über diesen Fonds, der mindestens 315 Milliarden EUR an privaten Investitionen anregen soll – und davon insbesondere 75 Milliarden EUR für KMU – bereits 13 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 9,4 Milliarden EUR genehmigt.

Diese Projekte stammen aus vielen Mitgliedstaaten, einschließlich Finnland, Spanien, Italien, Dänemark, Irland, Frankreich, Österreich, dem Vereinigten Königreich, Deutschland und den Niederlanden, und umfassen unter anderem die Bereiche Energie, Gesundheit, Verkehr sowie Forschung und Entwicklung. Jeden Monat werden mehr Projekte ausgewählt.

Der **Europäische Investitionsfonds (EIF)**, der gemäß **EFSI** für kleinere Unternehmen bestimmt ist, hat bereits mehr als 60 Projekte mit einer Gesamtfinanzierung von über 1,5 Milliarden EUR vermeldet, was wiederum mehr als 19 Milliarden EUR an privaten Investitionen auslösen sollte.

Der **EFSI** unterstützt europäische Unternehmen, insbesondere KMU, welche 99 % der Unternehmen in Europa darstellen, um Projekte anzustoßen, die ohne diese Beihilfe nicht möglich wären. In den kommenden Jahren könnten zehntausende KMU europaweit davon profitieren.

Der Juncker-Plan ist eine echte Chance für die europäische Wirtschaft, um Neuerungen zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen. Wachstum entsteht nicht über Nacht. Es wird Schritt für Schritt aufgebaut, Stein um Stein. Der EFSI hat für diese Entwicklung den Grundstein gelegt.

Die Europäische Plattform für Investitionsberatung bietet Unternehmen Unterstützung an, die nach Hilfe für den Aufbau ihrer Finanzierungsprojekte suchen. Seit Anfang 2016 erläutert das europäische Investitionsvorhabenportal den potenziellen Investoren die Projekte, die einer Finanzierung bedürfen.

Die Priorität der EVP-Fraktion liegt darin, neue Investitionen auszulösen, ohne Neuverschuldungen zu schaffen.



Es ist leichter, zu helfen, wenn man einer von ihnen ist: Lara Comi
MdEP mit ULB-Studenten zu Jugendbeschäftigung und Erasmus

IN JUNGE MENSCHEN INVESTIEREN

Wenn nicht jetzt, wann dann?

Wir glauben an junge Menschen und ihr Potenzial. Unsere Aufgabe besteht darin, ihnen bessere Perspektiven durch den Aufbau einer dynamischeren Wirtschaft zu bieten, die innovativ und wettbewerbsfähig ist. Durch konkrete Ergebnisse möchte die EVP-Fraktion jungen Menschen auch helfen, ihr Vertrauen in die Europäische Union und ihre Politik wiederherzustellen. Zuerst müssen wir die Ausbildungsqualität verbessern, sie besser zugänglich machen und in lebenslanges Lernen investieren. Wie können wir das erreichen?

Zum Beispiel durch **Erasmus+**, dem EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport. Mehr als vier Millionen Europäer werden über dieses Programm die Möglichkeit erhalten, ein Studium oder eine Ausbildung zu absolvieren, Berufserfahrung zu sammeln oder eine Freiwilligentätigkeit im Ausland auszuüben.

Für das Jahr 2016 haben wir das Budget für Erasmus+ um 6,6 Millionen EUR erhöht.

Außerdem glauben wir an die Bedeutung, die die Förderung des Unternehmergeistes für junge Menschen hat. Wir haben erreicht, dass die Lehrpläne ab 2015 unternehmerisches Denken und Handeln beinhalten.

Und wie betritt man dann das erste Mal den Arbeitsmarkt? Um die Anzahl junger Menschen zu verringern, die sich nicht in der allge-

meinen oder beruflichen Ausbildung befinden oder erwerbstätig sind, haben die EU und die Mitgliedstaaten die **Jugendgarantie** eingerichtet, die jungen Menschen unter 25 in den ersten vier Monaten nach ihrem Schulabschluss oder nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes einen neuen Arbeitsplatz, eine Lehrstelle oder Ausbildungslehrgänge anbietet. Entsprechend dem Vorschlag von Kommissarin Marianne Thyssen, der von der EVP-Fraktion unterstützt wird, genehmigte das Europäische Parlament eine höhere Vorfinanzierung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen, was den Mitgliedstaaten erleichtert, Programme für die Beschäftigung junger Menschen zu finanzieren.

Wir sind uns in der EVP-Fraktion sehr wohl bewusst, dass es die Unternehmen sind, die Arbeitsplätze schaffen. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass KMU, Start-ups und junge Unternehmer mehr wirtschaftliche Anreize durch das EU-Forschungsprogramm „**Horizont 2020**“ und das KMU-Programm **COSME** erhalten. Wir möchten für Start-up-Unternehmen den Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten verbessern; auch durch Kleinstkredite und durch die Vereinfachung bürokratischer Verfahren, welche ihre Wettbewerbsfähigkeit schmälern.

Wir glauben an die Verbesserung der Bildung, die Investition in Innovation und das Unternehmertum als praktikable Alternative für die europäische Jugend.

#ULB students #youth employment #Erasmus #bringingresults



Mariya Gabriel MdEP während einer Wahlbeobachtungsmission
der EU in Burkina Faso

WIR WOLLEN HANDLUNGSTRAGENDER SEIN, nicht nur zahlender

Wenn wir an Migration denken, dann denken wir an Afrika und Entwicklungshilfe. Wir denken, dass die Europäische Union der größte Geldgeber ist. Aber ist die EU auch der größte Handlungsträger?

Nach der Migrationskrise wissen die Europäer nun, dass Frieden in Afrika auch Frieden in Europa bedeutet. Entwicklungs- und Sicherheitsfragen sind voneinander abhängig. Investitionen in die Entwicklungsländer sind zugleich Investitionen in die Stabilisierung ebendieser, was wiederum eine Investition in unsere Sicherheit bedeutet. Wir müssen die Probleme an ihren Wurzeln packen, also in Afrika, bevor sie zu realen europäischen Problemen werden.

Die EVP-Fraktion forderte eine verstärkte Zusammenarbeit mit Afrika, sodass sich vergangenen Juli die Vorsitzenden der Fraktion auf eine Untersuchungsmisson nach Addis Abeba, dem Hauptsitz der Afrikanischen Union, begaben. Diese Mission setzte ein positives Signal. Auch auf dem Migrationstreffen in Valetta, an dem führende Mitglieder der EU und Afrikas teilnahmen, wurden wichtige Schritte nach vorne gemacht. Die EVP-Fraktion begrüßte den in Valetta vereinbarten Aktionsplan, betonte zugleich, dass es ohne den richtigen politischen Willen keine konkreten Ergebnisse geben wird.

Mehr Geld bedeutet nicht automatisch mehr Ergebnisse. Dementsprechend wird die EVP-Fraktion diesbezüglich sehr vorsichtig sein. Unsere Unterstützung kann nur wirksam sein, wenn es von

Seiten der Empfängerländer wahrhafte Verpflichtungen gibt, Reformen zu ihrem eigenen Vorteil und im Interesse ihrer Bevölkerung durchzuführen.

Die größte Herausforderung ist es, die Geber-Empfänger-Beziehung in eine „Win-Win“-Beziehung umzuwandeln. Wir können den Empfängern nicht versprechen, unsere Ressourcen zu mobilisieren, ohne standhaft zu bleiben, was unsere Erwartungen betrifft. Wir müssen mehr tun, um diejenigen zu unterstützen, die tatsächlich diese Anstrengungen unternehmen und auf die Entwicklung ihrer eigenen Länder hinzuarbeiten. So schaffen wir günstige Bedingungen, damit die Menschen in ihren Heimatländern bleiben.

Die EU muss hingegen mit einer Stimme sprechen und auf Konfliktprävention bestehen. Wir sind uns nun der Tatsache bewusst, dass es weniger kostet, ein Problem im Keim zu ersticken, bevor ein Konflikt entsteht, sowohl in Bezug auf Menschenleben als auch finanziell. Die Prävention von Radikalisierung, Terrorabwehr, der Kampf gegen illegale Migration und die Friedenssicherung bzw. -konsolidierung sind Bereiche, in denen wir unbedingt mit Afrika zusammenarbeiten müssen. Die EVP-Fraktion hat schon immer eine echte europäische Außen- und Verteidigungspolitik unterstützt, wo nötig auch durch GSVP-Missionen, und insofern es den Willen seitens der EU und ihren Mitgliedstaaten gibt, auch auf internationaler Ebene mit einer Stimme zu sprechen.

#migration #bringingresults



Esteban González Pons MdEP in Melilla: Der Schutz unserer Außen-grenzen ist der Schlüssel zu einem sichereren und stabilen Europa

EIN SICHERERES UND STABILES EUROPA

für alle Bürger

Über die letzten Jahre hat die EVP-Fraktion mehrere Initiativen mit dem Ziel eines besseren Schutzes für alle Europäer gefördert. Unsere MdEP spielten eine wichtige Rolle bei der Einigung im Europäischen Parlament zu den **Fluggastdatensätzen (Passenger Name Record – PNR)**, einem zentralen Instrument zur Prävention und Bekämpfung aller Arten von Kriminalität, insbesondere dschihadistischen Terrorismus, durch die Verfolgung der Aktivitäten europäischer Staatsangehöriger, die rekrutiert und außerhalb der EU trainiert werden und anschließend zurückkehren könnten, um Terroranschläge zu verüben.

Die EVP-Fraktion forderte auch die Genehmigung einer aktualisierten Verordnung für Europol, die einen besseren Informationsaustausch mit europäischen Polizeikräften und nationalen Rechtsorganen ermöglichen wird, sowie mit privaten Einrichtungen, um eine große Bandbreite krimineller Aktivitäten zu bekämpfen, einschließlich Terrorismus und Menschenhandel.

Im Laufe des Jahres 2015 war eine der wichtigsten Herausforderungen für die EU und eines der Hauptanliegen unserer Fraktion die Migrationskrise. Die EVP-Fraktion unterstützte die Vorschläge der Europäischen Kommission zur möglichst effizienten Bewältigung der Flüchtlingskrise. Unsere Fraktion unterstützte zudem die Initiative, eine Agentur für die Küstenwache zu schaffen, um die Außengrenzen der EU zu schützen – unter Berücksichtigung des freien Personenverkehrs innerhalb des Schengenraums ist der Schutz unserer Außengrenzen ein zentrales Thema – sowie Maßnahmen wie etwa die Einrichtung von Registrierungszentren, um richtig auf die Bedürfnisse der Flüchtlinge reagieren zu können, die in Europa ankommen. Das letztliche Ziel all dieser Legislativtätigkeit durch die EVP-Fraktion war es, zur Schaffung eines sichereren und stabilen Europas für seine Bürger beizutragen.



Über einen stabilen Euro und Wirtschaftswachstum unterhielten sich
Schüler der König-Beatrix Schule und Esther de Lange MdEP

GEWÄHRLEISTUNG einer Grundlage für Wachstum

Eine starke und wettbewerbsfähige Wirtschaft, die wächst und Arbeitsplätze schafft, ist und war schon immer eine der höchsten Prioritäten der EVP-Fraktion. Europa hat mit der Wirtschaftskrise den schlimmsten Sturm überstanden und erholt sich nun langsam, aber sicher. Die Krise zeigte die Notwendigkeit eines stabilen Euro-Währungsgebiets und den Bedarf für Strukturreformen, um unsere Wirtschaft in Gang zu halten und für Handlungsdruck und Verantwortungsbewusstsein zu sorgen, auf. Schließlich haben Haushaltsprobleme und ein unhaltbarer Schuldenstand in einem Mitgliedstaat nicht nur Auswirkungen auf die Bürger dieses einen Landes, sondern auf das gesamte Euro-Währungsgebiet und die EU als Ganzes. Ein Teil des Euro-Währungsgebiets zu sein, hat seine Vorteile, verlangt aber auch Solidarität in Krisenzeiten und erfordert mit Recht, dass Mitgliedstaaten ihre Verantwortung übernehmen.

Jedes Kind weiß, dass man sich einen Euro zunächst verdienen muss, bevor man ihn ausgeben kann.

In guten und in schlechten Zeiten hat die EVP-Fraktion die Führung bei der verantwortungsbewussten Gestaltung der Wirtschaftspolitik übernommen. Nicht weil wir von Zahlen und Prozentsätzen besessen sind, sondern weil wir die nächste Generation nicht mit unhaltbaren Schuldenständen, die unmöglich bewältigt und zurückgezahlt werden können, belasten wollen.

Die EVP-Fraktion war und ist die treibende Kraft hinter der Gesetzgebung, die die Nachhaltigkeit der Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet verbessert. Beispiele hierfür sind der **Six-pack**, der **Twopack** und der **fiskalpolitische Pakt**. Wir sind stolz auf diese Errungenschaften und arbeiten weiter hart für eine gerechte, wettbewerbsfähige und nachhaltige Wirtschaft.

Wir übernehmen weiterhin die Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder.

#euro&economic growth #reform2grow #bringingresults



Marian Jean Marinescu MdEP diskutiert in Straßburg über die Verwendung von EU-Haushaltsmitteln und wo sie am meisten benötigt werden

Ergebnisorientierte HAUSHALTSPLANUNG UND VERKEHR

Die Europäer genießen die offenen Grenzen und die stetig steigenden Reisemöglichkeiten. Dank der Bemühungen der EVP-Fraktion in der Verkehrspolitik ist einfaches Reisen heute für Millionen von Bürgern nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern auch ein Recht.

Schauen wir nach Straßburg, dem offiziellen Sitz des Europäischen Parlaments. Die erste Straßenbahlinie in Straßburg wurde im Jahr 1878 eröffnet. Nach 1894, als ein elektrisch betriebenes Straßenbahnsystem eingeführt wurde, entstand ein weitläufiges Straßenbahnenetz, eines der besten der Welt. Die Menschen in Straßburg sind stolz auf ihre Straßenbahn und dies aus gutem Grund: Der öffentliche Verkehr in Straßburg hat es weit gebracht. Aber die Entwicklung war kostspielig und hätte effizienter erfolgen können. Der EU-Haushalt ist ein Investitionshaushalt und fast 90 % der EU-Ressourcen werden in den Mitgliedstaaten für Projekte ausgegeben, von denen die Bürger direkt profitieren. Verwaltungslast, verfahrensbedingte Verzögerungen und schlechte Betriebsführung können den EU-Haushalt daran hindern, sein wirkliches Potenzial bei der Wiederherstellung von Arbeitsplätzen und beim Wachstum in der EU zu entfalten.

Im Folgenden sind die Schwerpunkte der EVP-Fraktion zur künftigen Verkehrspolitik aufgeführt:

Nachhaltigkeit – Mehr Güter sollten per Eisenbahn oder Binnen-

schifffahrt transportiert werden. Elektrische und innovative Verkehrsmittel sollten im alltäglichen Transportwesen gängiger werden.

Effizienz – Verkehr hört nicht an den Grenzen auf: EU-Projekte mit dem Ziel eines intelligenteren und miteinander verbundenen Verkehrs.

Sicherheit – Fortschrittliche fahrzeuginterne Sicherheitssysteme und Fahrerunterstützungssysteme können in gefährlichen Situationen zum Einsatz kommen, denn mehr als 90 % aller Unfälle sind menschlichem Versagen geschuldet.

Aber wie könnten wir das besser koordinieren? Wir benötigen neue Möglichkeiten zur Auswertung der Haushaltsumsetzung basierend auf Leistung und Indikatoren für die Nützlichkeit für die Gesellschaft. Wir müssen eine quantitative und qualitative Messung der Ergebnisse kombinieren. Die Festlegung eines Haushaltsplans sollte auf dem Verhältnis zwischen dem Finanzierungsniveau der Programme und den zu erwartenden Ergebnissen beruhen.

In der EU gibt es über

4,5 Millionen km asphaltierte Straßen | 212 500 km Eisenbahnlinien | 41 000 km befahrbare Binnenwasserstraßen | 842 Millionen Fluggäste pro Jahr. Wir müssen einen Schritt zurückgehen und darüber nachdenken, wie wir das Geld noch effizienter investieren könnten.

Die Antwort liegt in der leistungsbezogenen Haushaltspannung.

#EUBudget #bringingresults



Wir wollen eine echte Energieunion: Jacek Saryusz-Wolski MdEP
bei einer Energieanlage in Brüssel

Wir wollen EINE ECHTE ENERGIEUNION

Das Ziel der EU ist es, die EU-Verbraucher – Haushalte und Bürger – mit **sicherer, wettbewerbsfähiger, erschwinglicher und nachhaltiger Energie** zu versorgen. Wir möchten eine praktikable Lieferung von Energie an die europäischen Bürger und Unternehmen anbieten. Monopole führen oft zu Missbrauch und Erpressung. Der russische Eingriff in der Ukraine hat gezeigt, dass wir uns nicht länger auf einen einzigen Lieferanten verlassen dürfen, besonders Russland, und dass, um den Bedarf der Bürger zu decken, die Energieversorgung Europas nicht durch externe Krisen oder den einseitigen Willen der Energielieferanten beeinflusst werden darf.

Wir müssen die Reduzierung der übermäßigen Energieabhängigkeit und die Diversifizierung der Energieversorgung, der Energiequellen und -leitungen garantieren. Die Durchsetzung der Regelungen des dritten Energiepakets hinsichtlich der South-Stream Pipeline war ein erster Schritt auf dem Weg, die Energieabhängigkeit der EU zu reduzieren. Genau die gleiche, symmetrische Herangehensweise sollte für die Nord-Stream Pipeline angewendet werden. Die jüngste Inbetriebnahme der

Verbindungen zwischen Polen, Litauen und Schweden gewährleistete zum ersten Mal den Stromfluss von Westeuropa in die baltischen Staaten. Zudem setzte die Verbindungsleitung zwischen Malta und Italien der maltesischen Isolation ein Ende. Im Jahr 2014 in Betrieb genommen, beendete das LNG-Terminal in Klaipeda die absolute Gasabhängigkeit Litauens, während das im Herbst 2015 eröffnete LNG-Terminal in Polen etwa 50 % des jährlichen polnischen Gasbedarfs decken wird.

Eine praktikable gemeinsame Energiepolitik sollte es uns ermöglichen, gegenüber unseren Partnern mit einer Stimme zu sprechen und gemeinsam zu agieren. Dies sollte Hand in Hand mit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU gehen. Es bedarf weiterer Fortschritte, um die Sicherheit unserer Energieversorgung zu gewährleisten, unsere Abhängigkeit von russischem Fremdbezug zu verringern und die Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber externem geopolitischem Druck und Erpressungen zu erhöhen.

**Wir wollen, dass Europa verbunden ist;
wir wollen eine echte Energieunion.**

#energyunion #bringingresults

Folge uns



Veröffentlicht von: EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Presse und Kommunikation

Publikationsteam

Herausgeber: Pedro López de Pablo

Greet Gysen

Koordinator: Véronique De Jonghe

Meike Bogdan / Daniela Bührig

Adresse: Europäisches Parlament, Rue Wiertz 60, B-1047 - Brüssel

Internet: www.eppgroup.eu

E-mail: epp-publications@ep.europa.eu

Copyright: EVP-Fraktion im Europäischen Parlament